

**VKÖ/VÖWG-Infosheet: Frühjahrspaket des Europäischen Semesters
2023 veröffentlicht**

Die Europäische Kommission hat am 24. Mai das [Frühjahrspekts des Europäischen Semesters 2023](#) veröffentlicht. Das Europäische Semester unterstützt die jährliche Koordinierung zwischen der EU-Kommission, dem Rat der EU, dem Europäischen Parlament, dem Europäischen Rat und den Mitgliedsstaaten mit dem Ziel, die wirtschaftspolitischen Entwicklungen Europas zu steuern und zu harmonisieren. Grundsätzlich zielt das Europäische Semester darauf ab, die nationale Wirtschafts- und Finanzpolitik zu verbinden, indem die nationale Haushaltsdisziplin gewahrt wird, die Leistungsfähigkeit der europäischen Wirtschaft gefördert wird und gravierende ökonomische Ungleichheiten am EU-Binnenmarkt frühzeitig erkannt und abgefedert werden. Vor diesem Hintergrund sind die länderspezifischen Empfehlungen und die darauf abgestimmten nationalen Reformprogramme auch ein Instrument zur frühzeitigen Überprüfung nationaler Haushalts- und Reformziele. Die länderspezifischen Empfehlungen sind auch bspw. Voraussetzung für Zuschüsse und Darlehen der [Aufbau- und Resilienzfazilität](#), sowie „[Next Generation EU](#)“. Vor diesem Hintergrund bildet das Europäische Semester eine zentrale Säule für eine zukunftssichere EU-Wirtschaft.

Das Frühjahrspaket: Aktuelle Zahlen und Indikatoren zum EU-Wirtschaftsraum

Das diesjährige [Frühjahrspaket zum Europäischen Semester](#) liefert zentrale Indikatoren der makroökonomischen Lage der EU, vor allem auch hinsichtlich der Beschäftigungsentwicklung, sowie der Zielerreichung nachhaltiger Energieversorgung und Klimaschutz. Grundsätzlich hat sich die EU vor dem Hintergrund multipler Krisen wirtschaftlich und sozial als relativ widerstandsfähig erwiesen. Im ersten Quartal 2023 gab es ein moderates Wachstum im europäischen Wirtschaftsraum, gemäß den aktuellen [Prognosen zum EU-Wachstum](#) werden für das Jahr 2023 eine Steigerung von 1 % und 2024 von 1,7 % erwartet. Sorgenfalten verursacht die aktuelle Inflation. Die Gesamtinflation ist zwar rückläufig, die Kerninflation hat sich allerdings verfestigt. Positiv hervorheben lassen sich die nationalen Aufbau- und Resilienzpläne, für die die Kommission bereits mehr als 152 Mrd. Euro an die Mitgliedsstaaten ausgezahlt hat. Auch die Aufnahme des REPowerEU-Kapitels bringt einen weiteren Wachstumsschub in Richtung eines energieautarken und klimaneutralen EU-Wirtschaftsraums. Hervorheben lassen sich auch die haushaltspolitischen Leitlinien, die sich mit dem Auslaufen der allgemeinen Ausweichklauseln durchaus verschärft haben. Gemäß dem Bericht der EU-Kommission erfüllen aktuell 16 europäische Mitgliedsländer das Defizitkriterium nicht.

Ziel der EU-Kommission ist es ferner, die ökonomischen Ungleichheiten zwischen und innerhalb der EU-Staaten zu reduzieren. Dazu schlägt diese einige beschäftigungspolitische Maßnahmen vor. Um den inflationsbedingten Kaufkraftverlust zu mildern und das Risiko von Armut zu verringern, muss die Treffsicherheit und die nachhaltige Finanzierung sozialer Sicherungssysteme gewährleistet sein. Besondere Rücksicht gilt dabei der Situation von Armutsbetroffenen und Geringverdiener:innen. Ein kontinuierliches Monitoring dieser Systeme ist notwendig, um rechtzeitig zielsichere Maßnahmen ergreifen zu können. Bei der Bewältigung von Arbeitskräfte- und Fachkräftemangel sowie der Anpassung an die grüne Transformation spielen Reformen der Bildungssysteme und der beruflichen Ausbildungspfade, etwa die Förderung von Qualifizierung und Umschulung im Bereich der grünen Wirtschaft, eine Schlüsselrolle. Genauer dazu findet sich in den länderspezifischen Empfehlungen. In Anhang 1 des [Frühjahrspekts](#) (S. 22) findet sich ein Überblick über die Themen der jeweiligen länderspezifischen Empfehlungen.

Länderspezifische Empfehlungen an Österreich

In der [Empfehlung zum nationalen Reformprogramm Österreichs 2023](#) hat die Europäische Kommission unter anderem folgende Empfehlungen an Österreich gerichtet:

- Verringerung der Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen, insbesondere von russischem Gas;
- schnellerer Ausbau von erneuerbaren Energien;
- stärkere Beteiligung von Frauen am Arbeitsmarkt, unter anderem durch eine Verbesserung des Kinderbetreuungsangebots;
- eine effizientere und transparentere Gestaltung des Finanzausgleichs, insbesondere auch um dem gestiegenen Kostendruck der Länder und Gemeinden entgegenzuwirken.

Gemäß den Zahlen der Kommission ist der Anteil von russischem Gas an den Gesamtimporten in Österreich von 80 % im Jahr 2021 auf 57 % im Jahr 2022 gesunken. Damit liegt Österreich aber nach wie vor weit über dem EU-Durchschnitt. Zwar hat Österreich mit einem Anteil der Erneuerbaren am Energieverbrauch von 37 % im EU-Vergleich eine sehr positive Bilanz, um die selbstgesetzten Klimaziele, u. a. die Klimaneutralität bis 2040, zu erreichen, müssen die Kapazitäten weiter ausgebaut werden. In der Beschäftigungspolitik wird neben anderen Maßnahmen empfohlen, die hohe Teilzeitbeschäftigungsquote von Frauen, sowie das verhältnismäßig hohe geschlechtsspezifische Lohngefälle durch gezielte Maßnahmen, wie die Erhöhung des Kinderbetreuungsangebots oder eine Änderung der Steueranreize, zu senken. Maßnahmen wie diese können auch den Arbeitskräftemangel in Österreich entschärfen.

Ansprechpartner für das Ressort Wirtschaft sind [Jeremias Jobst](#) & [Josef Wirth](#).

Für Rückfragen stehen wir jederzeit gerne zur Verfügung!

Ihr [VKÖ](#) & [VÖWG](#)-Team!

IMPRESSUM:

Verband der öffentlichen Wirtschaft und Gemeinwirtschaft Österreichs
Verband kommunaler Unternehmen Österreichs

Geschäftsführung: MMag. Heidrun Maier-de Kruijff

Stadiongasse 6-8, A-1010 Wien

Telefon: +43-1-4082204

E-Mail: hanna.buchinger@voewg.at

Web: www.vkoe.at & www.voewg.at

[Manage my subscription](#)